

Duschen jetzt auch früh und spät?

Saarbrücker Zeitung, 28. Mai 2011

Die vielfach kritisierten Lebensbedingungen von Flüchtlingen in der Landesaufnahmestelle in Lebach sollen entschärft werden. Die Landesregierung aus CDU, FDP und Grünen nimmt dazu 100.000 Euro in die Hand. Von SZ-Redakteur Johannes Schleuning

Saarbrücken. Die umstrittenen Lebensbedingungen von Asylbewerbern in der Landesaufnahmestelle in Lebach sollen verbessert werden. Dies sieht ein Maßnahmenpaket der Landesregierung vor, das noch im Laufe dieses Jahres umgesetzt werden soll. Nach Angaben des innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Günter Becker, sollen die bislang umstrittenen Öffnungszeiten der Gemeinschaftsduschen deutlich ausgeweitet, Besuchsregelungen gelockert und die Gemeinschaftsangebote ergänzt werden. Geplant ist zudem, finanziell unabhängigen Asylsuchenden eine Unterbringung außerhalb der Landesaufnahmestelle zu ermöglichen. Für das Maßnahmenpaket sind 100.000 Euro zusätzlich im diesjährigen Landeshaushalt eingeplant worden. Insgesamt gibt das Land damit 451.000 Euro für "die Förderung der Integration und der Betreuung von Flüchtlingen" aus.

"Um wie viel länger die Gemeinschaftsduschen künftig geöffnet werden können, hängt von der Anzahl der Flüchtlinge ab, die - für ein Entgelt - eine Aufsichtsfunktion übernehmen", sagt Becker. Eine Aufsichtsperson vor den Gemeinschaftsduschen sei aus Sicherheitsgründen notwendig. Bislang sind die Duschräume wochentags von zehn bis 17.30 Uhr und an Wochenenden von 13 bis 16.30 Uhr geöffnet. Nach Angaben des Landesverwaltungsamts sind in den vergangenen Monaten zudem in 18 Wohnungen Duschen eingebaut worden. Weitere sieben Wohnungen sollen ebenfalls mit Duschen ausgestattet werden. Geplant ist außerdem die Einrichtung einer Teestube mit Internetanschlüssen. Auch sollen Besucher künftig in der Landesaufnahmestelle übernachten können.

Ob die umstrittenen Essenspakete für die Flüchtlinge durch Essensgutscheine ersetzt werden können, ist dagegen noch ungewiss. "Wir befürworten das, aber sind dazu auf die Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel vor Ort angewiesen", sagt Becker. Derzeit würden mit verschiedenen Discounter-Märkten Gespräche geführt. Nach SZ-Informationen haben mehrere ortsansässige Händler die Einführung von Essensgutscheinen bislang abgelehnt.

Ungewiss ist auch, ob all diejenigen Flüchtlinge, die "ihren Lebensunterhalt auf Grund von Einkünften selbst bestreiten können", künftig auch außerhalb der Landesaufnahmestelle wohnen dürfen. Entsprechende Gespräche mit dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag (SSGT) stehen noch aus. Die Aufenthaltsdauer aller Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle auf ein Jahr zu beschränken und sie dann in saarländischen Kommunen unterzubringen (wie dies im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Grünen zumindest anvisiert wird), scheidet bislang am Widerstand des SSGT. Gegenüber unserer Zeitung begründet der SSGT dies mit der Sorge vor erheblichen Mehrkosten.

Der Saarländische Flüchtlingsrat (SFR), der sich seit Jahren für die Interessen der Asylbewerber einsetzt, begrüßt zwar die geplanten Verbesserungsmaßnahmen. "Aber die Politik sollte das Geld, das sie jetzt dafür ausgibt, lieber für eine Unterbringung aller Flüchtlinge in den Kommunen aufwenden", sagt Waltraud Andruet vom SFR. "Dann gäbe es auch keine Probleme mit Duschzeiten und Essenspaketen mehr."